

Es wird nie alles getan, um jedes Leben zu retten

Claus Wendt

Niemand dürfe zurückgelassen werden. Jeder Einzelne soll bestmöglich geschützt werden. So oder ähnlich lauten die täglichen Botschaften von Politikerinnen und Politikern in der Corona-Krise. Diese Aussagen sind ethisch sehr nachvollziehbar und sie sind teilweise auch richtig. Aber nur teilweise. Es handelt sich vor allem um eine Übertragung der medizinischen Perspektive auf die politische Arena. Für Ärztinnen und Ärzte ist genau das die Grundlage ihres Handelns. Sie müssen ihre Patienten ohne Ansehen der Person bestmöglich versorgen. Einkommen oder andere Faktoren sollen keine Rolle spielen. Nur die gesundheitliche Lage zählt. Es ist ihre Aufgabe, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Menschenleben zu retten. Dieses Prinzip ist fest in der medizinischen Ethik verankert.

Es entspricht auch den Werten und Einstellungen der Bevölkerung, dass dem Schutz des Lebens die allerhöchste Bedeutung zugemessen wird. Für viele Menschen ist Gesundheit das höchste Gut. Bei einer lebensbedrohlichen Erkrankung würden die meisten jeden Preis zahlen, um wieder gesund zu werden. Deshalb sind Gesundheitssysteme auch immer in Form einer Solidargemeinschaft organisiert. Abgesehen von den Superreichen ist niemand in der Lage, sich eigenständig gegen das Risiko der Krankheit abzusichern. Der Schutz der Bevölkerung im Krankheitsfall erfordert ein öffentliches Gesundheitssystem, das über Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge solidarisch finanziert wird.

Die Gesundheitspolitik muss sicherstellen, dass Ärztinnen, Ärzte und weiteres Gesundheitspersonal ihre Aufgabe so gut wie möglich erfüllen können, Leben zu retten und Menschen zu heilen. Hier nähern wir uns jedoch der Grenze der politischen Verantwortung für den Schutz jedes einzelnen Lebens. Die Möglichkeiten, mit zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen Leben zu retten und zu verlängern, sind unerschöpflich. Es könnten sämtliche Mittel einer Volkswirtschaft für den Schutz und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ausgegeben werden, und es wäre immer noch möglich, mit noch mehr Geld weitere Verbesserungen für die Gesundheit zu erzielen. Das Ausmaß an Ressourcen für die Gesundheitsversorgung ist immer eine politische, keine ärztliche Entscheidung.

Aktuell wird in Deutschland und anderen Ländern mit einer ähnlich starken Wirtschaft etwa jeder zehnte Euro für die Gesundheitsversorgung ausgegeben. Auch in der Vergangenheit hätten mit höheren Gesundheitsausgaben Patientinnen und Patienten besser versorgt werden können. Es ist aber auch zu sehen, dass es nicht alleine um die Höhe der Ressourcen geht. In den USA fließt etwa jeder sechste US Dollar in das weitgehend privat organisierte Gesundheitssystem, jedoch ohne dass die Amerikanerinnen und Amerikaner dadurch gesünder sind oder in der Corona-Krise besser geschützt werden.

An der Begrenzung der für die Gesundheitsversorgung vorgesehenen Ressourcen ist zu erkennen, dass nicht immer alles Menschenmögliche getan wird, um jedes Leben zu retten. Welche ethischen Probleme dadurch entstehen, wurde besonders deutlich, als Novartis das weltweit teuerste Medikament verlor. Das Glück entschied darüber, welches Kind die rettende Spritze erhielt. In der Corona-Krise erfolgt in einigen europäischen Regionen eine

Triage, eine Entscheidung auf Grundlage der jeweiligen Überlebenschance, welcher Patient an ein Beatmungsgerät angeschlossen wird und wer nicht.

Täglich fallen im Gesundheitssystem Entscheidungen für oder gegen lebensrettende Maßnahmen. Ein Beispiel ist die Organtransplantation. Die finanziellen Mittel, um mehr Leben retten zu können, wären vorhanden. Aber: es fehlen die Organe. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass die geringe Anzahl an Organspenden in Deutschland nicht mit der geringen Organspendenbereitschaft, sondern mit der gesetzlichen Grundlage zusammenhängt. Mit einer Widerspruchslösung würden in Deutschland Organspenden steigen und Leben gerettet. Ein weiteres Beispiel ist die Impfpflicht. Diese könnte auf eine Grippeimpflicht für ältere Menschen ausgeweitet werden. An den jährlichen Grippetoten lässt sich abschätzen, wie viele gerettet werden könnten.

Aktuell in der Corona-Krise geht es nicht nur um Aktivitäten innerhalb des Gesundheitssystems. In allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen werden Maßnahmen mit dem erklärten Ziel ergriffen, jedes einzelne Menschenleben zu schützen. Dieser Bereich wird international als Public Health bezeichnet. Es geht um die öffentliche Gesundheit. Der Erfolg in Deutschland findet international Anerkennung und soll nicht in Frage gestellt werden. Gleichzeitig lässt sich an möglichen Public Health-Maßnahmen das Potenzial einer Politik abschätzen, die die Gesundheit jedes Einzelnen immer in den Mittelpunkt stellt und nicht nur in Krisenzeiten. Für viele Verbesserungen sind nicht einmal finanzielle Mittel erforderlich. Nur gesetzliche Regelungen.

Jedes Jahr sterben mehrere Tausend Menschen auf deutschen Straßen. Zehntausende Unfälle durch zu schnelles Fahren haben Verletzte und Schwerverletzte zur Folge, die jetzt in der Corona-Krise teilweise zu den Risikogruppen gehören. Einige der Politiker, die aktuell drastische Einschränkungen vornehmen, haben noch vor wenigen Monaten ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen verhindert. Ein Tempolimit schützt das Leben vieler Menschen, und die Verminderung der Luftverschmutzung beugt Atemwegserkrankungen vor.

Ein weiteres Beispiel sind Maßnahmen gegen das Rauchen. Die Anzahl derjenigen, die an Lungenkrebs versterben, liegt Jahr für Jahr ein Vielfaches über der Zahl der Corona-Toten. In Deutschland rauchen immer noch viele Erwachsene täglich. Ein Werbeverbot und Einschränkungen beim Zugang zu Zigaretten würden sowohl die Raucherzahlen als auch die Lungenkrebstoten deutlich senken. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Zigarettenautomaten prägen das Stadtbild und selbst in der DFB-Zentrale wird Rauchern der Zigarettenkonsum per Automat erleichtert.

Immer mehr Menschen schwächen ihre Immunabwehr durch eine ungesunde Ernährung und vor allem einen viel zu hohen Zuckerkonsum. Auch hier kann die Politik Leben retten, indem mit einfachen Strategien wie einer Lebensmittelampel der Verkauf ungesunder Lebensmittel eingeschränkt wird. In Kindergärten und Schulen kann durch gesunde Ernährung und täglichen Sport die Gesundheit von Kinder und Jugendlichen nachhaltig gestärkt werden. Hierfür wären zusätzliche Gelder erforderlich. Sie stehen aber in keinem Verhältnis zu den staatlichen Mitteln, die aktuell für den Gesundheitsschutz aufgewendet werden.

Es kann nicht immer alles getan werden, um jedes Leben optimal zu schützen. Auch nicht in der Corona-Zeit. Aber es ist sehr viel mehr möglich, um sich diesem Ideal anzunähern und die Gesundheit der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.